



Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: 18.12.2025, Sitzungsende

Bezirksrätin Sibylle Entwistle
SPD

Rede anlässlich der Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2026
am Donnerstag, den 18. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beschließen heute den Haushalt des Bezirks Niederbayern für das Jahr 2026.

Und es ist offenkundig: Dieser Haushalt ist kein leichter.
Er ist das Ergebnis eines Weges, den wir bereits gegangen sind.
Schon im vergangenen Jahr mussten wir erhebliche Rücklagen einsetzen, um unsere Aufgaben erfüllen zu können.
Mit dem Haushalt 2026 nutzen wir nun die verbliebenen Reserven, um Stabilität zu sichern.
Das ist kein komfortabler Haushalt – aber ein notwendiger, ehrlicher und verantwortungsvoller.

Ein Bezirkshaushalt ist längst mehr als reine Verwaltung.
Er ist ein Spiegel unserer Gesellschaft – und der Herausforderungen, die wir gemeinsam tragen.
Die finanzielle Lage ist ernst. Das ist allen hier bewusst – und es ist ebenso den Landkreisen und Kommunen bewusst, die diese Umlage am Ende schultern.
Der Bezirk steht vor der Aufgabe, immer mehr soziale Verantwortung zu übernehmen, während seine finanziellen Spielräume kontinuierlich schrumpfen.
Das ist kein Ausdruck von Fehlentscheidungen.
Es ist die Konsequenz eines Systems, in dem soziale Verpflichtungen wachsen, die Finanzierung aber strukturell hinterherläuft.

Herr Bezirkstagspräsident, Sie haben die zusätzlichen Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 480 Millionen Euro – nach einer bereits erfolgten Erhöhung um 120 Millionen Euro im Jahr 2025 – ausdrücklich als wichtiges Signal gewertet.
Sie haben betont, dass diese Mittel eine Anerkennung der massiv gestiegenen Ausgaben im Sozialbereich darstellen und dass sie vollständig an die kreisfreien Städte und Landkreise weitergegeben werden sollen.

Ebenso haben Sie klar in Aussicht gestellt, diese Mehreinnahmen konsequent bei der Kalkulation der Umlagen zu berücksichtigen.
Diese Haltung findet ihren konkreten Ausdruck in der deutlichen Reduzierung der ursprünglich diskutierten Bezirksumlage. Ein Schritt, der nachvollziehbar, verantwortungsbewusst und gegenüber den kommunalen Ebenen fair ist. Dass sich dies in einer deutlichen Reduzierung der Bezirksumlage auf 0,25 Prozent niederschlägt, ist ein wichtiges Zeichen der Verantwortung.

Doch ist es das richtige Signal seitens der Landesregierung? Wir müssen uns doch ehrlich fragen:

Wie lange wollen wir ein System stabilisieren, das dauerhaft unter Stress steht?

Der Bezirk gleicht zunehmend einem Menschen mit einer chronischen Erkrankung: Akute Krisen werden behandelt, der Zustand wird immer wieder beruhigt – aber die Ursachen bleiben bestehen.

Was wir brauchen, ist keine weitere Beruhigungsspritze, sondern eine nachhaltige Therapie.

Der Bezirk Niederbayern ist in erster Linie Sozialträger.

Und das bedeutet: Wir sind zuständig für Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Menschen mit Behinderung. Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Pflegebedürftige. Junge Menschen, die ohne Familie in unserem Land ankommen. Diese Aufgaben sind nicht verhandelbar.

Sie sind Pflichtaufgaben – rechtlich und auch und vor allem moralisch.

Wer hier Einsparungen fordert, muss auch sagen, bei wem genau gespart werden soll.

Besonders deutlich zeigt sich die Schieflage beim Bundesteilhabegesetz.

Das Ziel ist richtig: mehr Selbstbestimmung, mehr Teilhabe, mehr individuelle Unterstützung.

Aber die Umsetzung hat einen enormen Preis – vor allem in Form von Bürokratie, Dokumentation und Verwaltungsaufwand.

Der personenzentrierte Ansatz führt nicht automatisch zu besserer Hilfe, wenn er vor allem Akten produziert, aber kaum Zeit für echte Begleitung lässt. Hier braucht es dringend Nachsteuerung. Um es klar zu benennen: Ja, wir müssen über Bürokratieabbau sprechen.

Aber ebenso klar ist: Einsparungen dürfen niemals auf dem Rücken von Menschen mit Behinderung stattfinden. Teilhabe ist kein Kostenfaktor. Teilhabe ist ein Wert.

Ein großer Teil der Kostensteigerungen entsteht durch Personalkosten.

Tarifabschlüsse wirken unmittelbar auf Pflegesätze. Pflegesätze wirken unmittelbar auf den Haushalt. Das ist kein politischer Luxus. Das ist die Grundlage guter Arbeit in unseren Einrichtungen. Wer Fachkräfte will, muss faire Arbeitsbedingungen ermöglichen. Alles andere ist unrealistisch.

Ein weiteres strukturelles Problem sind junge unbegleitete Volljährige.

Solange sie minderjährig sind, greift die Jugendhilfe.

Danach bleibt der Bezirk verantwortlich – ohne ausreichende Erstattung.

Das ist eine Lücke, die wir nicht schließen können, aber jeden Tag bezahlen müssen. Hier braucht es dringend eine konsequenterere Lösung von Land und Bund.

Der Bezirk geht an seine Rücklagen. Bis auf den Bodensatz.

Nicht leichtfertig – sondern aus Verantwortung.

Doch wir wissen: Diese Rücklagen sind endlich und sie werden nicht von selbst wieder wachsen.

Deshalb ist eindeutig: So wie bisher kann es auf Dauer nicht weitergehen. Nicht, weil der Bezirk falsch handelt. Sondern, weil die Rahmenbedingungen längst nicht mehr passen. Und trotzdem – oder gerade deshalb – ist es richtig, notwendige Investitionen anzugehen.

Der Bezirk investiert weiter:

- in die Gesundheitsversorgung,
- in die psychiatrische und forensische Versorgung,
- in moderne Verwaltungs- und Klinikstrukturen,
- in Bildung, Kultur und Museen.

Diese Entscheidungen sind in diesen Zeiten mutig mit klammen Kassen.

Und sie sind notwendig. Strukturreformen sind kein Selbstzweck. Sie sichern Qualität, Effizienz und Zukunftsfähigkeit. Nicht zu investieren wäre kurzfristig nachvollziehbar – aber mittel – und langfristig keine tragfähige Option.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich halte es für verantwortungslos, diesem Haushalt nicht zuzustimmen.
 Nicht, weil er perfekt ist. Sondern, weil er das Einzige ist, was unter diesen Bedingungen möglich ist.

Ich sehe keine Fehlentscheidungen des Bezirks Niederbayern.

Ich sehe sorgfältige Abwägungen.

Ich sehe Mut zur Verantwortung.

Und ich sehe den ernsthaften Versuch, Belastungen fair zu verteilen.

Wer diesen Haushalt ablehnt, muss erklären, welche Verantwortung er nicht mehr tragen will.

Deshalb richten wir, die SPD Fraktion einen klaren Appell an Land und Bund:

- Reformiert mutig.
- Entbürokratisiert konsequent.
- Finanziert soziale Aufgaben verlässlich.

Neue Gesetze brauchen neue Finanzierungsmodelle. Alles andere ist politisches Wegschieben von Verantwortung.

Und bei allen Reformen gilt:

Der Blick auf unsere schwächeren Mitglieder der Gesellschaft muss genauso scharf bleiben wie der Blick auf Haushaltszahlen. Integration, Teilhabe und soziale Sicherheit sind gerade in schwierigen Zeiten unverzichtbar.

Zum Schluss danken wir allen, die diesen Haushalt erarbeitet und verantwortet haben.
 Dem Bezirkskämmerer Herrn Winfried Amler und seinem Team, der gesamten Verwaltung, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Referaten und Einrichtungen des Bezirks. Danke an Herrn Amler für die Zeit, die Sie aufgebracht haben, um die Fragen meines geschätzten Kollegen Jürgen Dupper und mir detailliert zu beantworten.

Mein Dank gilt auch dem Bezirkstagspräsidenten für die sehr gute Zusammenarbeit und das diesjährige sehr umfangreiche Aufbereiten der Zahlen, und ich danke ebenso den Stellvertretern und allen Kolleginnen und Kollegen des Gremiums für die konstruktive Zusammenarbeit.

Im Namen der SPD-Fraktion erkläre ich:

Wir stimmen dem Haushalt des Bezirks Niederbayern für 2026 zu.

Aus Verantwortung.

Aus Überzeugung.

Und mit dem klaren Anspruch, weiter Reformen zu wünschen – nein – zu fordern!

Vielen Dank.

Sibylle Entwistle